

70.— M. (September) gestiegen ist, nimmt das Eingehen größerer und kleinerer Blätter lawinenartig seinen Fortgang, und das am 21. Juli d. J. erlassene »Gesetz gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse« hat sich als völlig zwecklos, als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Ein derartiges Herumdoorn an einem bereits schwer erkrankten Körper konnte weder Heilung noch Binderung bringen. Hätte man nachdrücklich helfen wollen, so wäre die gänzliche oder wenigstens doch teilweise Aufhebung der gesamten Verlagsgewerbe so schwer schädigenden Anzeigensteuer das gebotene Mittel gewesen.

Es ist tief beklagenswert, daß man sich seitens der gesetzgebenden Körperschaften nicht dazu aufzuraffen vermag, erstens der übermäßigen Papierpreissteigerung ganz energisch entgegenzutreten und zweitens dafür zu sorgen, daß das Verlagsgewerbe vor allem von den lästigen und finanziell schwer schädigenden Fesseln der Anzeigensteuer befreit wird, bzw. daß auch die Abgaben aus den Erträgen der Anzeigen nicht mit einer höheren Umsatzsteuer belastet werden als sonst üblich. Mit den schönen Reden im Reichstage und sonstwo wird dem Verlagsgewerbe nicht im mindesten geholfen, es muß nunmehr mit der größten Energie zur Tat übergegangen werden; das sanfte Anfassen der an der maßlosen Steigerung der Papierpreise Schuldigen muß nun endlich einmal aufhören, wenn nicht die Ausführungen des Reichstagspräsidenten Löbe buchstäblich in Erfüllung gehen sollen, die dieser in jener denkwürdigen Reichstagsitzung vom 7. April d. J. an das hohe Haus richtete. Im weiteren Verlauf seiner Rede sagte er: »Die Zeitungen, deren politische Selbständigkeit und deren Eigenwert unser Stolz in Deutschland gewesen ist, werden nicht mehr Repräsentanten selbständiger politischer Gruppen sein, sondern als Anhängel von Interessentengruppen auftreten . . . und die öffentliche Meinung wird fabriziert werden, wie man andere Waren fabriziert. Aber noch mehr! In dieses Zeitungsgewerbe dringt ständig wachsend fremdes, ausländisches Kapital ein. Es droht die Gefahr, daß Zeitungen, die in deutscher Sprache in deutschem Lande erscheinen, zu Dienern fremder, ausländischer Interessen werden, weil die bisherigen Verleger nicht in der Lage sind, ihren Betrieb weiter zu führen.«

Die Zellstoff-Fabrikanten haben bisher immer darauf hingewiesen, daß sie den größten Teil des von ihnen benötigten Holzes aus dem Auslande beziehen und daher hohe Devisen bezahlen müßten; es wurde behauptet, daß 80% und mehr des in Frage kommenden Holzes aus dem Auslande stammten. Des weiteren betonen die Fabrikanten, daß die deutschen Waldbesitzer viel weniger Papierholz (Fichte) schlagen als früher. Man kann hier wieder erkennen, wie jeder sich bemüht, an der unberechtigten Übertreibung des Druckpapiers — um keinen anderen, vielleicht passenderen Ausdruck zu gebrauchen — schuldlos zu erscheinen, einer schiebt die Schuld auf den andern. Sollte der Vorwurf gegen die deutschen Waldbesitzer tatsächlich auf Wahrheit beruhen, so dürfen Regierung und Gesetzgebung keinen Augenblick zögern, um hier entscheidend einzugreifen. Die gesetzgebenden Körperschaften müssen wissen, daß von diesem Zugreifen die Erhaltung deutschen Wissens, deutscher Kultur und deutscher Einheit in hohem Maße abhängt.

Die Auswirkung der neuesten übertriebenen Papierpreissteigerung hat bereits zu Maßnahmen gedrängt, die zweifellos einen Kulturrückschritt bedeuten, denn bisher mehrmals am Tage erscheinende Blätter werden über kurz oder lang zum einmaligen Erscheinen übergehen und obendrein noch den Umfang verringern. Tagesblätter erwägen das 3—4malige Erscheinen wöchentlich, andere Zeitungen das zweimalige usw. Daneben kommen Beilagen in Wegfall, die den Lesern lieb und teuer geworden waren. Also auf der ganzen Linie Rückschritt statt Fortschritt! Selbstverständlich müssen die Bezugs- und Anzeigenpreise wieder ganz wesentlich erhöht werden, und gerade hier zeigt es sich, daß an diesen Klippen die Möglichkeit des Weitererscheinens sehr vieler Zeitungen und Zeitschriften das größte Hindernis findet und ein Zerbrechen unausbleiblich ist. Wenn es doch noch im letzten Augenblick gelänge, das ungeheure, der gesamten Tages- und Fachpresse drohende Unheil abzuwenden!

Es ist erfreulich, festzustellen, wie energisch und einmütig sämtliche Zeitungen und Zeitschriften, überhaupt das gesamte Verlagsgewerbe sich gegen die neueste Erhöhung des Papierpreises zur Wehr setzen. Diese gemeinsame Abwehr hätte aber viel früher kommen müssen, und vor allem hätte eine gewisse Kurzsichtigkeit ausgeschaltet werden müssen, die als Konkurrenzblüte noch bis in die jüngste Zeit hinein zu verzeichnen war. Das gegenseitige Übertrumpfen mit billigen Anzeigen- und Bezugspreisen hat zum nicht gerade ehrenvollen Eingehen mancher Zeitung und Zeitschrift nicht unwesentlich beigetragen. Hoffentlich hat man aus den gegenwärtigen Verhältnissen nun für alle Zeiten gelernt. Im »Berliner Lokalanzeiger« wurde vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß ein Blatt, das im Frieden für 1 M. monatlich geliefert wurde, jetzt allein 350 M. monatlich für Papier benötigt. Auch der »Vorwärts« erklärt, daß das »Gesetz gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse« sich als gänzlich unzulänglich gegenüber der wirtschaftlichen Notlage der Presse erwiesen habe. Er verlangt, daß zu Höchstpreisen für Holz und Zellstoff übergegangen wird. Verleger Lensing »Dortmund« führte auf dem Münchener Katholikentage gelegentlich einer Versammlung des Augustinusvereins, der die Pflege der katholischen Presse bezweckt, aus, daß diese maßlose Steigerung der Papierpreise die Existenz der ganzen selbständigen Presse in Frage stelle. Für das »Hamburger Fremdenblatt« bedeutet die neuerliche Papierpreiserhöhung eine Mehrausgabe von 16,8 Millionen M. monatlich. Dieses Blatt muß jetzt für Papier monatlich rund 28 Millionen M. ausgeben. Der »Frankfurter Generalanzeiger« bemerkt, daß, wenn sich die Angaben über die neueste Erhöhung der Papierpreise auch nur zum Teil bewahrheiten, es ein Absterben im deutschen Blätterwalde geben wird, das von den schwersten sozialen Folgen begleitet sein wird. Der »Zeitungs-Verlag« sagt zu dieser Preiserhöhung, daß sie das Ende fast aller deutschen Zeitungen bedeuten würde. Im ähnlichen Sinne sprechen sich alle anderen Zeitungen und Zeitschriften aus. Über das ununterbrochene Ansteigen der Papierpreise gibt nachstehende Übersicht Auskunft, die sich auf 1 kg Rollenpapier erstreckt:

Juli 1914 . . . . .	—21 M.
Juli 1915 . . . . .	—22 „
Mai 1916 . . . . .	—30 „
Juli 1916 . . . . .	—36 „
Juni 1917 . . . . .	—38 „
November 1917 . . . . .	—48 „
April 1918 . . . . .	—53 „
Juli 1918 . . . . .	—54 „
November 1918 . . . . .	—63 „
Februar 1919 . . . . .	—68 „
April 1919 . . . . .	—84 „
Juli 1919 . . . . .	—99 „
Oktober 1919 . . . . .	1.17 „
Januar 1920 . . . . .	1.95 „
Februar 1920 . . . . .	2.22 „
März 1920 . . . . .	3.40 „
November 1921 . . . . .	3.48 „
Dezember 1921 . . . . .	4.20 „
Januar 1922 . . . . .	7.— „
Februar 1922 . . . . .	7.30 „
März 1922 . . . . .	8.25 „
April 1922 . . . . .	12.28 „
Mai 1922 . . . . .	15.90 „
Juni 1922 . . . . .	16.20 „
Juli 1922 . . . . .	20.— „
August 1922 . . . . .	28.— „
September 1922 (1. Meldung) . . . . .	70.— „
September 1922 (2. Meldung) . . . . .	84.— „

(Gültig bis 15. September)

Die »Papier-Zeitung« teilte in ihrer Nr. 102 interessante Ziffern über die Versorgung mit Zeitungsdruckpapier mit. Die Herstellung stieg von 167 390 Tonnen im Jahre 1900 auf 373 340 Tonnen im Jahre 1913; dies bedeutete einen Anteil an der Gesamtpapierherzeugung von 23%. In den ersten vier Monaten dieses Jahres betrug die Erzeugung an Zeitungsdruckpapier 114 690 Tonnen, die Inlandablieferung 93 160 Tonnen und die Ausland-

